

Rangliste der Pressefreiheit 2015 Die Erosion des europäischen Modells

Zahlreiche europäische Länder sind in der Rangliste der Pressefreiheit über Jahre hinweg zurückgefallen. Zwar konnten die nordischen Staaten ihre Spitzenstellung halten. Die meisten anderen Staaten büßten in der Rangliste 2015 jedoch Boden ein, obwohl sie 2014 ihre Position im Wesentlichen gehalten hatten. Dieser generelle Abstieg verstärkt die Sorge um die Nachhaltigkeit des "europäischen Modells".

Rückentwicklung an der Spitze

Finnland (Rang 1), **Norwegen** (Rang 2) und **Dänemark** (Rang 3) führen zwar weiterhin die Rangliste der Pressefreiheit an, ihre Punktezahlen aber sinken. In Finnland hat der schärfer werdende Wettbewerb Medienunternehmen zu Fusionen veranlasst, die dazu führten, dass Teile der Belegschaft entlassen wurden. Folge daraus war ein unvermeidlicher Verlust sowohl redaktioneller Vielfalt wie redaktioneller Unabhängigkeit.

In der Rangliste der Pressefreiheit 2014 hatten die **Niederlande** noch Platz zwei belegt, doch 2015 fiel das Land auf die vierte Position zurück. Ein Grund dafür waren direkte Angriffe auf Journalisten während einer Demonstration. Auch allgemein trübte sich das Verhältnis zwischen Journalisten und Institutionen ein. Markantes Beispiel hierfür ist ein im September 2014 verhängtes Verbot, demnach Journalisten im Parlament ohne ausdrückliche Genehmigung der Abgeordneten nicht mehr filmen dürfen.

Der Abstieg der Niederlande erlaubte **Norwegen** die Rückkehr unter die ersten drei Plätze, wo das Land seit Einführung der Rangliste im Jahr 2002 regelmäßig gestanden hatte. Dennoch gibt es Zweifel, ob Norwegens Medien noch die Fähigkeit besitzen, sensible und fundamentale Themen anzugehen. Zwar sind die Medien frei, doch die Frage steht im Raum, wie sie diese Freiheit nutzen. Eine Kampagne von Ärzte ohne Grenzen warf ein verstörendes Schlaglicht auf die mangelnde Berichterstattung norwegische Medien über internationale Krisen.

In **Dänemark** sind im Oktober zwei Journalisten zu Geldstrafen verurteilt worden, nachdem sie einen Skandal im Gesundheitswesen aufgedeckt hatten. Dieses Ereignis zeichnete ein schlechtes Bild von einem Land, in dem seit 2005 über Meinungsfreiheit gestritten wird. Die Anwälte der Journalisten warfen den Behörden vor, die Überbringer der Nachricht zu verfolgen, statt sich mit dem eigentlichen Problem auseinanderzusetzen.

Europas Strukturen vermögen den Verfall des Pluralismus nicht zu stoppen

In vielen EU-Ländern ist die Beeinflussung der Medien durch Regierungen Wirklichkeit geworden. Dies wird dadurch noch erleichtert, dass immer mehr Medienhäuser in den Händen einiger weniger Unternehmer konzentriert und die Eigentumsverhältnisse häufig verschleiert sind. In zahlreichen Fällen werden die Einrichtungen, die die Medien regulieren oder beaufsichtigen sollen, zu ihrer Unterdrückung missbraucht. Dies ist etwa in **Ungarn** (Rang 65) ein schwerwiegendes Problem: Dort wird der Vorsitzende des Medienrates, der sich auch an redaktionellen Entscheidungen beteiligt, vom Ministerpräsidenten ernannt. Der EU ist es nicht gelungen, dieses Problem unter Kontrolle zu bringen.

Ein weiteres Problem ist, dass die EU nicht in der Lage ist, die Medien als Ausnahme bei der Wettbewerbsgesetzgebung zu behandeln. Die überragende Stellung der großen Medienkonzerne und die Hürden, gegen die kleinere Medien beim Eintritt in einen umkämpften Markt anrennen, stellen eine direkte Bedrohung für die Medienvielfalt dar. Zwar taucht die Idee des Pluralismus als leitendes Prinzip der EU in zahlreichen Verträgen auf. Doch das europäische Recht unterscheidet nur unzureichend zwischen einer Nachrichtenorganisation und einer Import-Export-Firma.

Es ist eine Ironie, dass ausgerechnet die Wettbewerbsbestimmungen der EU Gesetze zulassen, die zum Beispiel in Ungarn den Entzug von Medienlizenzen ermöglichen. Denn diese Maßnahmen widersprechen den Prinzipien der freien Marktwirtschaft, die der EU eigentlich so am Herzen liegen.

Bei der Verteilung öffentlicher Mittel an die Medien hat die EU wiederum keine Regulierungsmöglichkeiten. Auch die Vergabe staatlicher Anzeigen und Kampagnen ist nicht geregelt, obwohl die Gelder ein wirkungsvolles Instrument darstellen, Druck auf Medienhäuser auszuüben - besonders auf der kommunalen Ebene. In **Frankreich** (Rang 38) büßte das Satiremagazin "Le Ravi" – bekannt als "Marseiller Charlie Hebdo" – im Jahr 2014 etwa 40 000 Euro an öffentlichen Zuwendungen ein – eine Entscheidung, die alle Merkmale einer Bestrafung trug. Ohne die öffentlichen Zuwendungen kann "Le Ravi" möglicherweise nicht überleben.

Diejenigen, die an der Spitze staatlicher Medien stehen, müssen nach EU-Vorgaben nicht zwingend in einem transparenten Prozess ausgewählt werden. Auch verlangt die EU nicht, dass staatliche Medien von amtierenden Politikern unabhängig zu sein haben. Diese Möglichkeiten lassen Raum für Missbrauch.

In **Italien** (Rang 73) gibt die Benennung der Spitze des staatseigenen Radios und Fernsehens RAI der regierenden Koalition die Möglichkeit, Einfluss auf redaktionelle Entscheidungen zu üben. Augusto Minzolini, der ehemalige Vorsitzende von RAI 1, sagte etwa 2009, sein Sender würde nicht über "persönliche" Probleme von Ministerpräsident Silvio Berlusconi berichten. Die amtierende RAI-Vorsitzende Anna Maria Tarantola wurde 2012 vom damaligen

Ministerpräsidenten Mario Monti ernannt. Zuvor hatte sie den Posten der Direktorin der Bank von Italien inne.

Populistischer Druck auf die Medien

Die meisten der in der Rangliste der Pressefreiheit auf den Rängen 30 bis 70 platzierten europäischen Länder sind leider nicht in der Lage, sich aus ihren teils korrupten und die Pressefreiheit bedrohenden Strukturen zu befreien. Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 müssen zahlreiche EU-Mitgliedstaaten zudem Schwierigkeiten wie wachsende Arbeitslosigkeit und schwindende Kaufkraft bekämpfen. Diese Situation ist ein idealer Nährboden für populistische Bewegungen, die den jeweiligen Eliten des Landes die Schuld an der Krise geben und die Medien bezichtigen, Teil des "Systems" zu sein.

In **Ungarn** (Rang 65) macht Ministerpräsident Viktor Orban weiter Jagd auf die unabhängigen Medien. 2014 verhängte er eine Steuer auf Werbeeinnahmen, die vor allem den Fernsehsender RTL empfindlich traf. Eine geplante Internetsteuer, die die gewachsene Bedeutung der unabhängigen Onlinemedien wieder zurückgedrängt hätte, wurde nur aufgrund massiver Bürgerproteste nicht verhängt.

In **Frankreich** (Rang 38) verweigert die rechtsradikale Partei Front National (FN), die sich zunehmend als führende Partei des Landes betrachtet, einigen Journalisten gezielt den Zugang zu ihren Veranstaltungen. Für eine Partei, die einen "Medienplan" angekündigt hat, der vorsehe, "Journalisten zu Tode zu hetzen", ist das nicht allzu verwunderlich. Allerdings ist nicht nur die extreme Rechte feindselig gegenüber Journalisten. Bei Demonstrationen werden Medienvertreter immer wieder auch von Protestierenden und Polizisten angegriffen.

In **Italien** (Rang 73) ist die Informationskontrolle von Beppe Grillos "Fünf-Sterne-Bewegung" (M5S) beispiellos. Die Partei kontrolliert die Möglichkeiten ihrer parlamentarischen Vertreter, Interviews zu geben, äußerst scharf. Auch Journalisten scheint sie steuern zu wollen und verleumdet und diffamiert sie, wenn sie ihre Unabhängigkeit wahren wollen. Mehrere Journalisten hat Grillo beschuldigt, sich zu prostituieren. Von einigen seiner politischen Treffen hat er die nationalen Medien ausgeschlossen.

Problematische Länder: Griechenland, Bulgarien, Italien und Luxemburg

Griechenland (Rang 91) konnte 2014 einen im Jahr 2009 begonnen Sturz um 60 Ranglistenplätze abbremsen, da die Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Neonazi-Partei Goldene Morgenröte erließ, die Journalisten wiederholt angegriffen hat. Die Polizei genießt jedoch immer noch völlige Straflosigkeit, wenn sie gegen Journalisten vorgeht. Dass Griechenland in der Rangliste der Pressefreiheit insgesamt nicht stärker aufgestiegen ist,

liegt vor allem an der durch die plötzliche Schließung des staatlichen Senders ERT im Jahr 2013 entstandene Lücke in der Berichterstattung, die noch immer nicht gefüllt werden konnte. Nach dem Rücktritt des ersten Intendanten haben viele Beschäftigte beim ERT-Nachfolger Neuer Griechischer Rundfunk, Internet und Fernsehen (NERIT) gekündigt. Der neu gewählte griechische Präsident Alexis Tsipras hat versprochen, ERT wiederzubeleben.

In Bulgarien (Rang 106) war es 2013 zu mehreren Angriffen auf Journalisten gekommen. 2014 folgte dann eine durch grobes Fehlverhalten im Bankensektor ausgelöste Panikwelle. Als Reaktion auf den Vertrauensverlust in die Banken erließ die Regierung eilig ein Gesetz, das den Bankensektor in eine Art Festung verwandelte. Die Finanzaufsicht der Banken, eine Regierungskommission, wurde quasi zur Medienpolizei. Mit Strafen und dem Zwang zur Offenlegung von Quellen versucht die Regierung jene Medien zum Schweigen bringen, die es wagen, die Probleme im Bankensektor und bei der Regulierung anzusprechen.

In **Italien** (Rang 73) hat die Zunahme von Gewalt gegen Journalisten einmal mehr die Frage nach der Rolle der Mafia aufgeworfen. Reporter ohne Grenzen betrachtet die Mafia nach wie vor als Feind der Pressefreiheit. Nach Angaben der Organisation "Ossigeno per l'Informazione" stehen in Italien derzeit zwölf Journalisten unter Polizeischutz. Zwei von ihnen – Lirio Abbate und Giuseppe "Pino" Maniaci – zählt Reporter ohne Grenzen zu den "Helden der Pressefreiheit" – sie waren wiederholt Zielscheibe von Angriffen. Nur wenige Tage nach einem Brandanschlag auf sein Auto wurden die beiden Hunde von Giuseppe Maniaci vor seinem Haus erhängt aufgefunden. Der Kampf für Informationsfreiheit wird zunehmend auch vor Gericht geführt. In den zwölf Monaten vor Oktober 2014 dokumentierte "Ossigeno per l'Informazione" 129 Versuche, Journalisten wegen angeblicher Verleumdung zu verklagen. Mehr als anderthalbmal so häufig wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Luxemburg (Rang 19), das Ende 2014 wegen der LuxLeaks-Enthüllungen über Absprachen zur Steuervermeidung zwischen der Regierung und Hunderten von multinationalen Unternehmen in den Schlagzeilen war, fiel 2015 wieder in die Nachbarschaft der Ranglistenplatzierung von 2009 zurück – damals stand das Land auf Rang 20. Die Monate vor den Enthüllungen waren von Hoffnung und Frustration zugleich geprägt gewesen. Positives Signal für die Pressefreiheit war die Einführung eines Preises für investigativen Journalismus gewesen. Doch es wurde auch offenbar, wie sehr die engen Verbindungen zwischen Regierung, Wirtschaft und Medien die journalistische Arbeit behindern.